

Niederschrift der 26. Ratssitzung vom 02.03.2017

Ort: Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33, 06526
Sangerhausen

Tag: 02.03.2017

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann und 27 Stadträte

Herr Udo Lucas	CDU
Herr Frank Schmiedl	CDU
Herr Holger Scholz	CDU
Herr Andreas Skrypek	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU
Frau Daniela Hahn	DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Frau Eva-Maria Kotzur	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm	B.I.S. / FBM
Herr Mike Bösel	B.I.S. / FBM
Frau Gesine Liesong	B.I.S. / FBM
Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM
Herr Raik Polster	B.I.S. / FBM
Herr André Reick	B.I.S. / FBM
Herr Siegmar Hecker	BOS
Herr Volker Kinne	BOS
Herr Bert Mrozik	BOS
Frau Monika Rauhut	BOS
Herr Helmut Schmidt	BOS
Frau Christine Block	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN
Frau Antje Rödiger	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Harald Oster	FDP
Herr Harald Koch	fraktionslos

entschuldigt fehlten:	Herr Thomas Klaube Frau Regine Römmisch Herr Volker Schachtel Herr Günter Prause Herr Gerhard von Dehn Rotfelser Herr Norbert Jung Herr Udo Schwarz	CDU CDU CDU DIE LINKE. BOS SPD / DIE GRÜNEN FDP
verspätet erschienen:	Frau Karoline Spröte Frau Regina Stahlhacke	DIE LINKE. 16:24 Uhr CDU 18:36 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Udo Lucas Herr Holger Hüttel Frau Christine Kümmerl Herr Raik Polster	CDU 17:45 Uhr DIE LINKE. 18:35 Uhr DIE LINKE. 19:15 Uhr B.I.S./FBM 19:40 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Veit Baeske Frau Ilka Gädke Herr Uwe Görlich Herr Rudolf Henkner Herr Uwe Hornickel Herr Ralph Kujawski Frau Ulrike Lange Herr Karl-Heinz Mehmel Herr Eberhard Nothmann Herr Mario Pastrik Herr Lothar Sanftleben Herr Axel Sell Herr Ringo Siebert	
Ortsbürgermeister:	Herr Tim Schultze	OT Wettelrode
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster Herr Torsten Schweiger Herr Udo Michael Frau Marina Becker Frau Simone Jung	Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen Fachbereichsleiter Bürgerservice Referentin Presse- und Öffentlich- keitsarbeit, Städtepartnerschaften SB Referat Ratsbüro
Tagungsleitung:	Herr Andreas Skrypek	Vorsitzender des Stadtrates

Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung von Niederschriften**
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift der 24. Ratssitzung vom 08.12.2016
 - 3.2 Genehmigung der Niederschrift der 25. Ratssitzung (Sonderratssitzung) vom 11.01.2017
- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 6.1 Abberufung sachkundiger Einwohner
 - 6.2 Satzung über die Bildung von Schulbezirken der Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Sangerhausen
 - 6.3 Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 105 des KVG LSA für den Erwerb von Waldgrundstücken für die Ursula W. Stiftung in Höhe von 95.165,43 € im Haushaltsjahr 2014
 - 6.4 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 105 KVG LSA in Höhe von 47.886,69 € im Haushaltsjahr 2014 und in Höhe von 2.393,64 € im Haushaltsjahr 2015 zum Erwerb von Grundstücken
 - 6.5 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 105 KVG LSA in Höhe von 9.799,52 € für den Erwerb des Grundstücks Am Angespänn 5 für die Ursula W. Stiftung (Haushaltsjahr 2016)
 - 6.6 Feststellung zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes" OT Grillenberg - Bereich Hühnerberg" der Stadt Sangerhausen
 - 6.7 Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 2 "Hühnerberg" der Stadt Sangerhausen OT Grillenberg
 - 6.8 Fortschreibung der städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahme Altstadt kern: Aktualisierung der Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht
 - 6.9 Annahme der Angebote von Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA i.V.m. §§ 7 und 9 der Hauptsatzung der Stadt Sangerhausen
- 7. Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung**
 - 7.1 Abschließende Vertragsregelung für Zahlungsvereinbarungen zur Erschließung des Baugebietes „B-Plan Nr. 1 Siedlung“ zwischen der Stadt Sangerhausen (als Rechtsnachfolger der Gemeinde Wettelrode) und dem jeweiligen Grundstückseigentümer
- 8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
 - 8.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz
- 9. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung**
 - 9.1 Informationen über Beschlüsse des Hauptausschusses
 - 9.2 Informationen über Beschlüsse des Sanierungsausschusses
- 10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Andreas Skrypek eröffnet die 26. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 27 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 7.1 und 10. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.
Die TOP 8. - 9.2 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Peche weist darauf hin, dass in der gestrigen Hauptausschusssitzung der Entwurf des Berichtes des Oberbürgermeisters den Mitgliedern vorgelegt wurde. In diesem wurde auf das Problem der Linden in Wettelrode eingegangen. Da heute Mitglieder der Bürgerinitiative anwesend sind und in der Einwohnerfragestunde dazu Stellung nehmen möchten, schlägt seine Fraktion vor, das Thema nicht in der Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters sondern in der Einwohnerfragestunde zu diskutieren.

Herr Skrypek stellt auf Anfrage fest, dass dagegen niemand etwas einzuwenden hat.

Abstimmung über die Tagesordnung

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Tagesordnung einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung von Niederschriften

3.1 Genehmigung der Niederschrift der 24. Ratssitzung vom 08.12.2016

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

3.2 Genehmigung der Niederschrift der 25. Ratssitzung (Sonderratssitzung) vom 11.01.2017

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 23
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 5

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

4. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 03.03.2017 zugeschickt.

16:24 Uhr
Frau Spröte kommt = 29

5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Schmidt, BOS-Fraktion

Herr Schmidt spricht als Ortsbürgermeister von Riestedt. Es geht um die Kreuzung B 86 Riestedt / Bayernaumburg. Am letzten Dienstag tagte die Kommission, zu der er sich selbst einlud. Er stellte sich als Ortsbürgermeister vor und fragte, ob er eingeladen ist. Es wurde geantwortet: "Nein, Sie nicht." Ich frage mich: Was ist hier los? Da sitzen die 'Paragrafenreiter' und wissen eigentlich gar nicht, was in der Praxis los ist." Er schildert aus der Praxis. Wenn man von Sangerhausen nach Riestedt rein will und man befindet sich schon auf der Einbiegespur, wird man noch überholt und das passiert häufig. Deshalb fordern wir Tempo 70 und Überholverbot. Das Beste wäre ein Kreisel. Er sieht es auch nicht ein, jemanden von der Kommission in den Ortschaftsrat einzuladen, weil es seines Erachtens nichts bringt. Er hält folgendes fest. Der Verkehrsminister von Sachsen-Anhalt, Herr Webel, äußerte sich erst vor Kurzem gegenüber der Presse: "Alles was den Verkehr sicherer macht, unterstützen wir." Im Gegenteil, die sind nicht einmal bereit, jemanden anzuhören. Traurig ist das in diesem Land. Schade! In dieser Angelegenheit freut es ihn besonders, dass der Oberbürgermeister der gleichen Meinung ist. So sollte es öfter sein.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erklärt, dass die Verkehrsunfallkommission in Eisleben tagt und sie sich aus den Kollegen der Polizei zusammensetzt. Die Einladung, die bei der Verwaltung einging, hatte er Herrn Schmidt informativ weitergegeben. Wenn er selbst dabei gewesen wäre, hätte er gesagt, dass Herr Schmidt dabei bleibt, weil er Vertreter des Oberbürgermeisters in Angelegenheiten der Ortschaft ist. Das ist nicht mehr ganz richtig, nach dem neuen Gesetz, aber das wurde bisher so gehandhabt. Das hat an diesem Tag nicht geklappt. Eines ist wichtig, es muss in dieser Angelegenheit im Gespräch geblieben werden. Er wartet die schriftliche Antwort auf seine Anfrage an den Landkreis ab. Diese muss erst einmal begründet, bei ihm eingehen. Dann muss entschieden werden, wie die Stadt darauf reagiert. Er ist auch damit

nicht einverstanden, denn ihm ist es genauso wie Herrn Schmidt ergangen. Wenn man am Abend rein fährt, muss man eigentlich Angst haben, dort im Gegenverkehr anzuhalten, weil man mit 150 km/h überholt wird. Manchmal sogar links.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Mrozik, BOS-Fraktion

Herr Mrozik erinnert, dass der Oberbürgermeister in der Dezember-Ratssitzung dem Stadtrat zugesagt hat, die Endabrechnung des Sachsen-Anhalt-Tages vorzulegen. Seine Fraktion stellt den Antrag, das in der nächsten Ratssitzung nachzuholen. Da geraume Zeit vergangen ist, kann man davon ausgehen, dass die Endabrechnung jetzt machbar ist. Dabei werden Erläuterungen erwartet, u.a. über die Verwendung der 50 T€ laut Stadtratsbeschluss und insbesondere über die Lohnkosten für das Organisationsbüro, Anteile an der inneren Verrechnung des Bauhofes und Sponsorenanteile der städtischen Gesellschaften sowie die entsprechende Stellungnahme dazu.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erklärt, dass das bis April machbar ist. Seines Wissens nach, ist noch eine Rechnung strittig, bei der es um 200 bis 300 Euro geht. Dazu sollte es heute einen Gesprächstermin geben, den er leider aus Zeitgründen absagen musste.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Polster, B.I.S./FBM - Fraktion

Herr Polster verweist auf die Niederschrift der Dezember-Ratssitzung. In dieser Sitzung hatte er Probleme mit der Standortmarketinggesellschaft und einen Artikel in der MZ vom 01.12.2016 angesprochen. Er zitiert noch einmal aus dem Artikel. "Wir haben seit August diesen Jahres insgesamt 12 Anfragen von Investoren erhalten, konnten jedoch nicht die entsprechenden Flächen anbieten.", machte Lange deutlich. Laut Lange habe man aktuell noch 2 Unternehmen an der Angel, die in den Landkreis investieren wollten." Daraufhin hat er angefragt: "Ist der Wirtschaftsförderung der Stadt Sangerhausen der Umfang dieser Interessenten in der Anzahl bekannt?" Mit der folgenden Antwort die er darauf erhielt, kann er sich nicht zufrieden geben. "Ja. Die Anfragen werden in den meisten Fällen über die IMG Investition und Marketinggesellschaft an uns gerichtet." Das ist für ihn eine lapidare Antwort. Erstens weiß er nicht, was die IMG mit der SMG zu tun hat und zweitens lautete seine Frage bezüglich der konkreten 12 Anfragen, "ob unsere Wirtschaftsförderung auch diese 12 Anfragen konkret kannte, mit Namen und Adresse". Er verweist auf eine Beratungsvorlage zur Verwaltungsleitungssitzung am 14.03.2016. In der Vorlage wurde von Seiten der Verwaltungsleitung aufgelistet, was die SMG alles bis dahin bewegt hat. Von heute an gesehen, ist das ein Jahr her. Er zitiert: "Beispiele für die Aktivitäten der SMG sind folgende.

- Werbung für den 'Altstandort' der Mifa-Bike in der Kyselhäuser Straße seit Bekanntwerden der Aktivitäten der Mifa-Bike für einen Neubau.
- Nach der Insolvenz der MPS hat die SMG versucht die Arbeitnehmer in andere Metallunternehmen zu vermitteln.
- Es wurde ein Tourismuskonzept erarbeitet, in dem sich auch unsere Unternehmen wiederfinden.
- Durchführung von Existenzgründerseminaren."

Das sind die Aufgaben, die vor einem Jahr von Seiten der Stadtverwaltung aufgelistet wurden. Er weiß nicht, ob die SMG in diesem Jahr, von März 2016 an, irgendetwas hier in der Öffentlichkeit bewerkstelligt hat. Er kann nichts sehen. Dafür werden aber insgesamt 6 Mitarbeiter beschäftigt: Geschäftsführer, Mitarbeiter Marketing, Mitarbeiterin Tourismus, Mitarbeiterin Sachbearbeitung, Mitarbeiterin Projektleitung, Mitarbeiterin Marketing. Im Jahr 2016 wurden hierfür 419.000 Euro reine Personalkosten gezahlt. Das sind 70.000 Euro

durchschnittlich pro Mitarbeiter, also ca. 5.000 bis 6.000 Euro pro Monat und pro Mitarbeiter, reinweg nur Personalkosten. Daraufhin hat unsere Verwaltung in diesem Beratungsgespräch seines Erachtens eigentlich richtig geschlussfolgert: Er zitiert: "Bezüglich des Nutzens aus der SMG lassen sich leider keine Aussagen treffen, da die SMG für den gesamten Landkreis tätig ist. Insofern kann kein Nutzen- / Aufwandsverhältnis ermittelt werden. Im Ergebnis der Zuarbeit durch die zuständigen Referate und Recherchen durch den Fachdienst Finanzen wird der Austritt aus der Standortmarketinggesellschaft empfohlen. Die Beteiligung an der SMG stellt eine freiwillige Aufgabe dar. Auf Grund der desolaten Haushaltslage ist die Stadt nicht in der Lage die jährlichen Ausgleichszahlungen zu leisten. Diese tragen in jedem Haushaltsjahr dazu bei, dass die Inanspruchnahme des Liquiditätskredites weiter steigt." Er betont: 'März 2016!' "Die jährlichen Auszahlungen sind in erheblicher Höhe nicht durch die jährlichen Einzahlungen gedeckt. Insofern würde sich die Einsparung von 59.000 Euro im Fall eines Austritts aus der SMG positiv auf die Liquiditätssituation und das Jahresergebnis auswirken. Die Erfüllung von Wirtschaftsförderungsaufgaben kann die Stadt auf Grund des vorhandenen Referates weiterhin selbst gewährleisten." Es ist an der Zeit, endlich einmal zu sparen und den Austritt aus der SMG wirklich zu überdenken. Möglich ist das immer innerhalb von 6 Monaten, ohne dass die Stadt mit Konsequenzen rechnen muss. Er appelliert an die Stadträte, endlich damit anzufangen, zu sparen und vor allem dort, wo es am leichtesten geht.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann stellt fest, dass die Aussagen von Herrn Polster teilweise aus Entwürfen des Konsolidierungskonzeptes stammen, in denen es um Prüfungsaufträge ging. Aus diesem Grund wurde das seitens des Finanzbereiches so erfasst. Andererseits gibt es dazu eine Beschlusslage im Stadtrat. Er schlägt folgendes vor. Die SMG hat eine sehr komfortable Internetseite. Dort kann sich jeder über die Tätigkeitsfelder der SMG informieren. Das ist empfehlenswert, wenn man sich einen großen Überblick verschaffen möchte, über das, was die SMG im Moment leistet. In Bezug auf die 12 Anfragen, die bei der SMG direkt eingingen, gibt er zu bedenken, dass es sich um Anfragen für den gesamten Landkreis und auch um vertrauliche Gespräche handelt. Dort, wo es notwendig ist, wird die Stadt einbezogen. Des Weiteren gab es eine Aussage zum Altstandort der Mifa. Morgen findet dazu ein Gespräch im Rathaus statt. Das ist ein Prozess, den die SMG begleitet. In diesem Fall sogar, konkret im Auftrag des Landkreises, da dieser der Eigentümer der Immobilie ist. Die SMG kümmert sich um die Vermarktung der Immobilie. Der Stadt wurden auch Kontakte mit einem anderen Investor vermittelt. Dazu kann er sich jetzt öffentlich nicht äußern. Herr Schweiger war diesbezüglich bereits unterwegs. Man kann das nicht pauschal darstellen, dass die SMG nicht erforderlich ist. Das hat dazu geführt, dass die Ziele, die als Prüfauftrag seitens der Kämmerei aufgestellt wurden, abgewogen, aber nicht weiter verfolgt wurden. Wenn sich die Verwaltung mit diesen Themen beschäftigt, zeigt das, dass immer wieder alles auf den Prüfstand gestellt wird. Allein 2016 hat die SMG mit einem erheblichen Beitrag beim Sachsen-Anhalt-Tag geholfen. Das wird in der Abrechnung zu sehen sein. Er schlägt vor, sich auf der Homepage der SMG das Spektrum anzusehen. Aus den Wirtschaftsplänen ist zu erkennen, wo die Mittel bei der SMG herkommen. Das ist dem Anteilsbericht zu entnehmen, in dem die Finanzströme des Landkreises dargestellt sind. Der Landkreis zahlt den erheblichen Anteil dafür. An einer Stelle der Diskussion gibt er Herrn Polster Recht, nämlich in Bezug auf die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, nur einen Gesellschafter (Landkreis) zu haben und die Städte und Gemeinden alles über die Kreisumlage mit finanzieren. Der Landkreis unter Landrat Herr Schatz hat die Gründung der Gesellschaft damals vorangetrieben und Sangerhausen wäre die einzige der 3 großen Städte, die nicht dabei gewesen wäre. Das war die Entscheidung, die hier im Stadtrat getroffen wurde. Die Stadt hatte eine Kooperationsvereinbarung favorisiert zwischen den Städten und dem Landkreis, ohne Struktur, aber der Landkreis hat in Strukturen gedacht.

Anfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel betont, dass sich alle schon auf die baldige Eröffnung der Schwimmhalle freuen. Er weiß nicht, ob es Ende April bereits etwas wird. Jetzt musste er erfahren, dass die entsprechenden Vereine, v.a. die, die Kinder- und Jugendarbeit leisten, 68 Euro pro Stunde und Bahn bezahlen sollen, was sie natürlich nicht können. Als der Stadtratsbeschluss gefasst wurde, war es natürlich in keinster Weise die Intension des Rates, dass es für die Vereine nicht mehr möglich ist, dort Schwimmunterricht und Training durchzuführen. Das Thema wurde auf dem Sportlerball angesprochen. Er fragt, ob es diesbezüglich irgendwelche Informationen gibt, dass das geändert wird. Er schlägt vor, dass sich der Schul- und Sozialausschuss mit den Beiträgen und Gebühren beschäftigt.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann bestätigt, dass sich der Schul- und Sozialausschuss mit der Thematik beschäftigen kann. Die Zuständigkeit, das festzulegen, liegt allerdings im Aufsichtsrat der KBS. So wurde das bisher gehandhabt und hat in den letzten Jahren gut funktioniert. Es liegt auf der Hand, dass sich mit dem Thema 'Nutzung von Vereinen' noch einmal zu beschäftigen ist. Dazu sollte bereits ein Gespräch stattfinden, das leider krankheitsbedingt ausfallen musste, aber bereits neu terminiert ist. Was beschlossen wurde, ist die Kalkulation. Das sind die Ansätze, um Gespräche mit den Vereinen zu führen. Es wurde festgestellt, dass das wahrscheinlich so nicht aufgeht. D.h. man muss sich erneut darüber verständigen. Das Datum der Eröffnung möchte er persönlich nicht nennen. Der Termin wird seines Erachtens nicht vor dem 23. April liegen. Die Verzögerungen sind erheblich, da eins das andere nach sich zieht. Es nützt jetzt nichts, um 4 Wochen zu streiten. Die Insolvenz einer Firma hat wiederum andere Firmen beeinflusst. Noch dazu hat der Winter Probleme bereitet. Eigentlich sollte vor dem Winter die Außenhüllensanierung abgeschlossen sein. Das ist ärgerlich aber nicht zu ändern. Die Stadtwerke sind im Moment beim 'Feinschliff' in Sachen Terminplan.

Wortmeldung und Anfragen des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S./FBM - Fraktion

Herr Peche bedankt sich dafür, dass Herr Poschmann in der Kürze der Zeit den umfangreichen Bericht zur Ansiedlung des Gartenbau-Kompetenzzentrums "The Garden" erarbeitet und hier vorgetragen hat. Gestern wurde in der Hauptausschusssitzung darum gebeten. Es ist Zeit und Muße, dass die Öffentlichkeit hier das erfährt, was auch an die Öffentlichkeit kommen kann. Es ist vollkommen klar, dass über Verträge und diverse Verhandlungen nicht gesprochen werden soll und kann. Er verweist darauf, dass die Stadt Sangerhausen in jedem Jahr rund 400 Einwohner verliert. Heute am 02.03. sieht man immer noch nicht, dass hier eine Zusammenarbeit und ein Zusammenringen von allen Verantwortlichen vorhanden ist, um diese Firma anzusiedeln. Alle, die dafür arbeiten müssen, sind finanziell nicht so darauf angewiesen, wie die Leute, die jetzt in der Mifa entlassen wurden, die in die Übergangsgesellschaften und in die Arbeitslosigkeit gehen. "Alles das kann uns hier auch passieren, wenn wir als Landkreis und als Stadt so weiter arbeiten und Dienst nach Vorschrift lassen wir uns nicht mehr gefallen. Herr Oberbürgermeister das ist kein Angriff auf Sie, sondern nur eine Mitteilung. Wir haben in der Zwischenzeit festgestellt, dass viele, die politisch anderer Meinung sind, aber demokratisch an die Sache herangehen, nicht mehr einverstanden sind, mit dem Handeln, das hier in diesem Landkreis geschieht. Wir fordern von unserem Ministerpräsidenten mit Recht ein, dass er sich ganz vorn anstellt und dass er seine Versprechen einhält, die er 2011 gegeben hat. Aber er kann ja nur grinsen, wenn er dann erfährt, dass in einem Landkreis bei einer Baugenehmigung sich 2 Behörden gegenseitig ausbremsen. Das kann ich nicht verstehen. Das will ich nicht verstehen und das wird die Öffentlichkeit auch nicht mehr verstehen. So geht es nicht mehr weiter und so können wir mit dem Bürger nicht mehr umgehen. Die friedliche Protestaktion, die

wir durchgeführt haben - ich möchte sie immer so haben." Wenn diese morgen oder übermorgen wiederholt werden würde, hätte er Bedenken, dass sie so friedlich verlaufen würde. Die Bevölkerung zeigt immer mehr ihren Unmut. Er bittet den Oberbürgermeister, der mitverantwortlich ist und in den Gremien sitzt, das den Entscheidungsträgern deutlich zu machen. Es ist klar, dass die Stadtverwaltung und der Oberbürgermeister dieses Projekt mit allen Mitteln wollen. Es ist aber nicht zu sehen, dass es an anderen Stellen auch so ist, da braucht man sich nur die Zeitschiene anzusehen, wann das erste Gespräch am Runden Tisch stattfand und wann das nächste Gespräch stattfinden soll. Nur miteinander sprechen, reicht nicht aus. Man muss Ergebnisse sehen. Der Investor lässt sich nicht ewig hinhalten. Er verspricht heute schon: "Bleibt es bei dieser Verhandlungstaktik und diesem Vorgehen zwischen Stadt, Landkreis und Land werden wir noch ganz andere Maßnahmen unternehmen. Wir haben schon darüber nachgedacht und werden unsere Bevölkerung noch mehr in Größenordnung dafür aufbringen, hier hinter uns zu stehen, damit wir in dem Territorium etwas erreichen. Wir dürfen nicht weiterhin die 'Rote Laterne' in Deutschland sein, in der Wirtschaftsentwicklung. Das ist traurig aber wahr und wir müssen etwas unternehmen." In einem weiteren Punkt bezieht er sich auf die Niederschrift der Dezember-Ratssitzung und spricht den Oberbürgermeister persönlich an. Bereits seit der Sitzung vor der Sommerpause 2016, also seit fast einem Jahr, fragt er in jeder Ratssitzung nach den Aufgaben, Pflichten und dem Stellenwert eines Beiratsmitgliedes der Rosenstadt Sangerhausen GmbH und er hat bis heute keine Antwort erhalten. Bei allen Problemen, die es gab, befremdet ihn das in Größenordnung und er kann das nicht mehr verstehen. Das ist eine Missachtung, nicht nur gegenüber seiner Persönlichkeit, sondern gegenüber des gesamten Stadtrates. Aus jeder Fraktion gibt es ein Beiratsmitglied und es ist angebracht, wenn Beratungen stattfinden, dass die Mitglieder wissen, warum sie in der Beratung sind und welche Rechte und Pflichten jeder hat.

Durch die Presse wurde informiert, dass sich Kaufland auf seinen Flächen erweitern will und dass der Schuhhandel wegkommt. Es ist davon auszugehen, dass dazu eine städtebauliche Stellungnahme bzw. eine Genehmigung erforderlich ist. Er betont, dass nicht gegen die Erweiterung geredet wird und fragt, ob es nicht langsam an der Zeit ist, alles mit Kaufland endgültig zu klären und dass hier offen angesprochen wird, ob überhaupt noch Forderungen aufgemacht und Rechte geltend gemacht werden können und ob dort, das, was einst vertraglich vereinbart wurde, auch realisiert wird. Wenn das nicht so ist, dann soll doch zur Kenntnis gegeben werden, dass die Vermutung vor 10 Jahren richtig war, dass es nur um den Einkaufstempel ging und alles andere bleibt. Es sollte aber nicht ein ewig schwebendes Verfahren bleiben. Er fordert auch für dieses Thema, so schnell wie möglich, ganz konkrete Aussagen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann betont, dass es besonders im Zusammenhang mit dem Industriepark und der Ansiedlung von The Garden in der Verwaltung keinen Dienst nach Vorschrift gibt. Die Entscheidungen, die getroffen werden, sind mit den Stadträten abgestimmt. An dieser Stelle hat er schon einmal gesagt: "Meine Rückversicherung für Entscheidungen, die wir manchmal tagsüber treffen, sind Sie." Es ist gerade in dieser Angelegenheit auf keinem Fall so, dass abgewartet wird, bis etwas passiert. Die Zusammenarbeit mit dem Landkreis ist nicht grundsätzlich schlecht. Das kann man so nicht sagen. Die Gespräche sind gut, aber zäh. Manchmal wird der Stadt aufgetragen, erstmal ihre 'Hausaufgaben' zu machen. Die Stadt hat sich des Öfteren hilfesuchend an das Ministerium gewandt, mit der Bitte um Unterstützung bei der riesigen Projektentwicklung. Er erwartet in dieser Sache Unterstützung von allen Ebenen und Seiten. Es ist nicht abzusehen, wie viele Hürden noch zu nehmen sind, bei einer Fläche von 160 Hektar. Er erinnert dabei immer an die Entwicklungsabsichten, wie sie in Thüringen

praktiziert werden. Dort läuft das viel reibungsloser, da sie seit Jahrzehnten eine Landesentwicklungsgesellschaft haben, die den Namen auch verdient.

Zum Beirat der Rosenstadt Sangerhausen GmbH äußert er sich folgendermaßen. Es fanden dazu bereits 3 Gespräche im Rathaus statt. Letztens hat er mit den Vorsitzenden der Beiräte den Umgang mit diesem Thema beraten. Im Ergebnis sagen alle: "So wie die Beiräte jetzt strukturiert sind, bringen sie uns eigentlich nicht weiter." Es gibt aber eine Vereinbarung, zu der ein Vorschlag erarbeitet wurde, der aber noch nicht in der Form ist, dass man ihn diskutieren kann. Die Frage ist, ob man diese Beiräte überhaupt braucht, denn es gibt ein großes Gremium, das eigentlich alles überwacht. Das ist der Vorstand des Tourismusverbandes. Er ist der Vorsitzende und im Vorstand sind nicht nur Verwaltungsmitarbeiter, sondern auch Unternehmer, Touristiker (nicht von der SMG) und die Bank, die die Sache intensiv begleitet. Es wurde überlegt, ob es vielleicht Sinn macht, im Ganzen, diesen Vorstand des Tourismusverbandes, der sich sehr intensiv alle 4 bis 6 Wochen mit den Themen beschäftigt, eher zu erweitern, als die Beiräte, die beratende Gremien für den Geschäftsführer sind, beizubehalten. Es gibt noch keine Lösung. Er entschuldigt sich bei Herrn Peche, dass das aus Zeitgründen noch nicht geschafft wurde.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger informiert zum Thema Kaufland. Die Situation, dass die Bürgschaften nicht geklärt werden, ist unbefriedigend. Die Banken hatten die Bürgschaften schon angefordert. Seitens der Stadt wurden diese nicht herausgegeben, da sie sich noch in der Forderung sieht. Die juristische Prüfung läuft noch. Mehr kann er dazu in der Öffentlichkeit nicht sagen. Bei Bedarf wird er im nichtöffentlichen Teil darüber etwas sagen. Der Antrag von Kaufland wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt besprochen. Es gibt einen Antrag auf eine Ausnahme von einer Baugrenze und zwar im Bereich des Parkplatzes. Dabei kommt es nicht zur Überschreitung der gesamten Quadratmeterangaben, die nach B-Plan eingehalten werden, sodass eine Ausnahme, nur von den Baugrenzen, erteilt werden konnte. Darüber wurde im Bauausschuss beraten und es gab eine mehrheitliche Zustimmung.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S./FBM - Fraktion

Herr Peche kann sich mit der Antwort des Oberbürgermeisters bezüglich der Rosenstadt Sangerhausen GmbH nicht zufrieden geben und fragt, warum die GmbH gegründet wurde. Doch nicht nur, damit es dort oben eine gastronomische Einrichtung gibt. Damals zur Gründung hatten alle, die daran arbeiteten, die Weitsicht nicht, dass dort jemals die Gastronomie entsteht, denn bereits damals konnte die Stadt die Investition in dieser Richtung nicht stemmen. Die Rosenstadt wurde hauptsächlich gegründet, um einen Partner zu haben und auch um die Kultur der Stadt Sangerhausen, einschließlich Arbeitskräfte, auszugliedern. Außerdem wurde direkter Einfluss gefordert. Er betont, dass die Stadträte direkten Einfluss darauf haben müssen, auf die Kulturarbeit und auf die Kultur in der Stadt Sangerhausen. Nichts gegen den Tourismusverband und gegen die Mitglieder, aber das darf sich der Stadtrat nicht aus der Hand nehmen lassen. Deswegen müssen die Räte dort mitarbeiten, anders als bis jetzt.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann berichtigt, dass die Gesellschaft nicht gegründet wurde, sondern eine einhundertprozentige Tochter des Tourismusverbandes ist. Das ist gut so, sonst könnten freiwillige Aufgaben, die im Bereich Kultur liegen, z.B. der Museumsbetrieb in Wettelrode, überhaupt nicht geleistet werden und ständen in der Kategorie unter freiwillige Leistungen immer wieder drin. Die Rosenstadt wurde gegründet als Gesellschaft für Kultur, Tourismus und Marketing. So steht es im Untertitel. Dort stand nicht 'Gastronomie' oder 'Investor'. 2002 wurde

festgestellt, in Vorbereitung des 100-jährigen Jubiläums des Europa-Rosariums, dass die Fördermittel für die Fertigstellung des Eingangsbereiches nicht ausgereicht wurden. Es bestand keine Chance, aus dem eigenen Haushalt heraus, diese Investition zu beenden. Also wurde die Rosenstadt, Investor für die oberen Eingangsbereiche, außer dem Grünen Klassenzimmer und dem Bereich des Glashauses. Alles andere hat die Rosenstadt damals fremdfinanziert und errichtet. Die Gesellschaft war gerade ein Jahr alt. Im Jahr 2003 trat folgender Effekt ein. Die Stadt hatte eine Ausschreibung zum Betrieb des Bistro's gemacht. Es wurde niemand gefunden, der das Risiko des Saisonbetriebes einging. Dann ist die Rosenstadt eingestiegen und hat die Gastronomie selbst betrieben. Mit dem Café an der Wolfsschlucht verhielt es sich anders. Dort gab es einen Privatinvestor und zum Schluss stand über 10 Jahre eine Ruine dort. Nur durch dieses gemeinsame Konzept, zwischen Rosenstadt und Stadt, ist es geglückt, unterschiedliche Fördertöpfe anzuzapfen, um letzten Endes diese Investition zu Ende zu führen, sodass das Objekt im letzten Jahr übergeben werden konnte. Wichtig ist, dass man sich über die Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Rosenstadt verständigt, wobei man in Bezug auf die Einflussnahme, vorsichtig sein sollte, denn es handelt sich nicht um eine kommunale Gesellschaft. Das hat einen großen Vorteil. Über das Maß der Einflussnahme sollte in einem kleinen Kreis noch einmal geredet werden. Er hat festgestellt, dass es nicht nur die Rolle eines Beraters sein soll. Wenn zum Beispiel im Gesellschaftsvertrag geregelt werden würde, dass die Stadt Einfluss hat, wäre das irgendwann mit kommunalrechtlicher Beauftragung verbunden. Er, als Oberbürgermeister, hat eine Stimme im Vorstand, in dem es ein gutes Miteinander, bei 100 Mitgliedern im Verein gibt. Der Gewerbeverein ist auch Mitglied im Tourismusverband geworden, sodass eine zunehmende Verzahnung wahrzunehmen ist. Bevor die Beschlussvorlage eingebracht wird, sollte eine Beratung über die gesamte Thematik stattfinden.

Herr Skrypek unterbricht die Aussprache für die Einwohnerfragestunde und bittet die Einwohner darum, ihre Fragen zu stellen.

17:04 Uhr - Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Wortmeldung des Bürgers Herrn Stefan Klaube, Sangerhausen, OT Wettelrode, Am Lindenplatz 7

Herr Klaube spricht als Vertreter der Bürgerinitiative 'Erhalt der Linden in Wettelrode'. "Unser Anliegen ist folgendes. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Poschmann! Sehr geehrte Stadträte! Wir, die Bürgerinitiative, möchten unseren Unmut und unser Entsetzen äußern, über den rücksichtslosen Umgang mit den 3 Naturdenkmälern in Wettelrode und vor allem auch mit den Bürgern. Das Bundesnaturschutzgesetz sagt aus: 'Naturdenkmäler sind rechtsverbindlich festgesetzte Einzelschöpfungen der Natur oder entsprechende Flächen bis zu 5 Hektar, deren besonderer Schutz erforderlich ist. Absatz 2: 'Die Beseitigung des Naturdenkmals sowie alle Handlungen, die zur Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung führen, sind verboten.' Maßnahmen, wie im Ortsteil Wettelrode, entsprechen keinesfalls der normalen Verkehrssicherungspflicht. Ich denke, hier wurde weit über das notwendige Maß hinaus gearbeitet. Hier hätte im Vorfeld einiges mehr getan werden müssen. Es hätten Gutachten eingeholt werden müssen, Variantenuntersuchungen erstellt werden müssen. Einfach abschneiden und Naturdenkmäler zerstören, ist für uns keine tragbare und korrekte Lösung. Wir haben hierzu mit unserer Bürgerinitiative, die mittlerweile über 200 Unterstützer hat, 29 Fragen in einem Katalog zusammengefasst und bitten die Verwaltung um Beantwortung bis zum 10.03.. Weiterhin kann es nicht sein, dass, wenn eine Bürgerinitiative sich trifft, um ein Baumdenkmal zu retten, Verwaltungsmitarbeiter sich derart äußern, mir gegenüber zum Beispiel: 'Nicht die Bäume sind das Problem - du bist das Problem.' Das finde ich absolut

unangemessen und frech. Im weiteren Fortgang des Gespräches passierte folgendes. Nachdem der Bauhof, nach 2 Versuchen, uns nicht erläuterte, was der Bauhof vorhatte, kam dann so ein lapidarer Satz: 'Wir können auch die Polizei rufen, wenn hier keine Ruhe reinkommt.' Das finde ich auch nicht gut, seitens der Verwaltung. Ist das Ihr Demokratieverständnis? Meine Frage. Laut Landesnaturschutzgesetz § 16 sind Pflegekonzepte für alle Naturdenkmäler vorgeschrieben. Ich denke nicht, dass es diese in Sangerhausen gibt und ich bitte den Stadtrat inständig, eine Satzung zum Schutz von Naturdenkmälern zu erstellen und vor allem auch die laut Landesnaturschutzgesetz vorgeschriebenen Pflegekonzepte für alle Naturdenkmäler in der Kernstadt sowie den Ortsteilen zu entwickeln und umzusetzen. Das ist in meinen Augen ein riesengroßes Problem, dass das nicht vorhanden ist. Hier werden den Ortsteilen wichtige Themen zur Identifikation genommen. Das Wahrzeichen von Wettelrode ist ein Ring mit Lindenblättern, 2 große Linden rechts und links. Die beiden Linden übrigens, deren Fotos herübergereicht wurden. Wir nennen den Platz um, von Lindenplatz nach Stummelplatz, würde ich sagen. Ich habe noch 2 Bitten an die Verwaltung. Mir haben jetzt mehrere höhere Mitarbeiter dort gesagt, sie würden die Liste sofort unterschreiben. Ich denke, das machen Sie bitte nicht. Das heißt, Sie verhöhnen unser Anliegen, weil, dazu liegen unsere Interessen viel zu weit auseinander. Für uns hieß das am Anfang, man hätte den Gemeinderat informiert, man hätte die Leute informiert, man hätte mal eine Einwohnerversammlung gemacht, was dort passiert, man hätte über Konzepte nachgedacht, wie die Linden erhalten werden können. Noch etwas: Ich hatte gestern noch ein interessantes Gespräch, nein vorgestern. Da kam ein Satz. 'Wir haben eine Basisdemokratie und keine Bürgerinitiativendemokratie.' Das passt nicht. Ich möchte einmal daran erinnern, wir Bürger, alle, die wir hier sitzen, auch die Stadträte, bezahlen Steuern. Von diesen Steuern, die wir alle zahlen, wird die Verwaltung bezahlt und ich denke, die Verwaltung sollte bürgernah agieren und nicht so ruppig mit uns umgehen. Das hat keiner verdient. Zweite Geschichte, zum Thema Herr Polster, zum Sparen. Das fiel mir gerade so ein. Sie sagten vorhin, wo Geld hätte eingespart werden können. Hätte die Verwaltung unsere Linden maßvoll verschnitten, hätten wir bestimmt 10.000 Euro Lohnkosten sparen können. An dieser Stelle habe ich noch eine Liste mit Fragestellungen. Ich möchte jetzt nicht die 29 Fragen alle am Stück verlesen. Das sind 3 Seiten voll. Ich denke, da langweile ich den Stadtrat zu Tode. Oder soll ich es tun? Nein? Gut! Ich denke, ich stelle es den Fraktionen zur Verfügung, was wir hier haben und der Unmut, der hier zustande gekommen ist, seitens der Bürger, lässt sich ganz einfach begründen. Das geht besonders an die Adresse von Herrn Poschmann. Die Stadt Sangerhausen hat als Begründung zur Fällung der Linde 2, die jetzt mit aller Macht durchgedrückt wurde, wir haben Fotos an verschiedene Behörden geschickt. Die Wandstärke betrug mindestens 18 bis 20 Zentimeter, teilweise 40 Zentimeter. Fotos liegen vor. Wer Interesse hat, kann sich das Dilemma in Wettelrode angucken. Der Wurzelstock steht noch da. Da sieht man, dass die Linde absolut standsicher war. Ich bin selber Bauingenieur von Beruf. Viele kennen mich auch in meiner anderen Funktion und ich denke, ich kann beurteilen, was ich sage. Gut. Stadt begründet: 'Der gespaltene Stamm wurde mit Beton verfüllt ...' Dann kommt: 'Die Krone ist in der Vergangenheit extrem bis zum Stamm eingekürzt worden. Infolge dieser Maßnahmen sind die großen Schnittstellen, von Fäulnis bis tief in den Stammbereich befallen. Die vorgefundene Restwandstärke ...' Man begründet die Fällung der Linde mit den vorherigen Verschnitten. Die Bilder haben Sie gesehen, was mit unseren beiden anderen Linden passiert ist. Ich sage einfach mal: 'Tod auf Raten für 3 Naturdenkmäler'."

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erklärt, dass auf alle Fragen jetzt nicht geantwortet werden kann. Über folgende Sachen wird er sich aber äußern. Er stellt klar, dass der Satz 'Wir haben eine Basisdemokratie und keine Bürgerinitiativendemokratie.', nicht von ihm stammt. Der Satz ist sinnentstellt. Wenn, dann hat die Stadt eine repräsentative Demokratie und das ist der Stadtrat.

Er hat wohl gesagt, dass er die Liste unterschreiben würde und zwar mit einem ironischen Unterton. Die Vorwürfe darin, sind so formuliert, dass sie eigentlich von jedem unterschrieben werden können, auch von ihm. Er will auch nicht, dass Naturdenkmale geschändet werden. Das ist nicht die Absicht der Stadt. Die Initiative braucht keine Sorge zu haben, dass er die Liste unterschreibt. Seine Aussage wurde an dieser Stelle fehlinterpretiert. Zur Bewertung dieser Arbeiten gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Das muss auch die Initiative zugeben. Es wurde immer gesagt, dass es durchaus Stellen am Stamm gibt, die 20 Zentimeter stark sind (Bericht des Oberbürgermeisters). Es gibt aber auch Stellen, an denen der Stamm total weggefault ist. Der Stamm ist beim Umfallen auseinandergebrochen.

Unterbrechung durch den Bürger Herrn Stefan Klaube, Sangerhausen, OT Wettelrode, Am Lindenplatz 7

Herr Klaube: "Ihre Bauhofmitarbeiter, deren Fachkompetenz nie von uns in Frage gestellt wurde, das möchte ich ausdrücklich sagen, sind gekommen, mit schwerer Technik und haben einen umlaufenden Schnitt um diese standsichere Linde getan. Dann wurde ein Radlader angehängen. Übrigens ist das Video beim MDR. Dann wurde mit dem Radlader mit voller Wucht - mehrfach zack und dann fiel sie um. Die Linde ist auseinandergebrochen, weil dort eine Tonne Beton drin war und dieser Betonkegel natürlich dazu führte, dass die Hülle der Linde bricht. Ich habe mittlerweile eine sehr gute und ausführliche Stellungnahme des Landkreises Mansfeld-Südharz über 5 Seiten erhalten. Schlusssatz: 'Im Ergebnis bleibt festzustellen, dass weder fachliche Einschätzungen zur Verkehrssicherheit der Bäume durch Mitarbeiter der Unteren Naturschutzbehörde erfolgten, noch ist vorher versäumt worden, auf die artenschutzrechtlichen Bedingungen hinzuweisen.' Also: Der Umfang des Verschnittes wurde durch die Stadt Sangerhausen festgelegt und ich frage mich, wer das überhaupt betrieben hat, dass dieser Umfang stattfindet. Ich bin gern bereit, dem Stadtrat diese Stellungnahme zur Verfügung zu stellen. Wer sie sehen möchte, kann sie sich gern durchlesen. Ich bitte auch die Stadträte darum, mal nach Wettelrode zu fahren und sich das Dilemma anzusehen. Hier ist dem Dorf viel Identität genommen worden. Zum Thema Tourismuskonzept noch einen Satz von mir: Ich wohne gleich neben den Linden. Ich bin seit 43 Jahren Wettelröder und ich liebe mein Dorf und wir sind stolz drauf. Wenn man im Sommer beobachtete, wie vom Bergbaumuseum die Leute herunter kamen zum Lindenplatz und die Linden fotografierten, mit offenem Mund. Eine Sehenswürdigkeit weniger."

Antwort des Fachbereichsleiters Bürgerservice Herrn Michael

Herr Michael betont, dass es unumstritten ist und er keinen in der Verwaltung kennt, der den Erhalt der Linden nicht möchte. Er selbst hat sogar einen persönlichen Bezug dazu. Genau die Aussage ist an dem Morgen gefallen. Wenn man öffentlich dazu aufruft, in einem Chat, den jeder in Wettelrode öffentlich nutzen kann, den Schenkplatz zu blockieren, auf dem eine behördliche Sperrung steht, dann macht man sich persönlich selbst erst einmal zum Problem. Es wurde kontrovers diskutiert. Er kennt alle persönlich und ist dort erschienen, weil es ihm wichtig war.

Unterbrechung durch den Bürger Herrn Stefan Klaube, Sangerhausen, OT Wettelrode, Am Lindenplatz 7

Herr Klaube: "Das ist meine Frage, die nächste Frage auf der Liste. Warum nicht Herr Schweiger oder Herr Hahnemann? Wir haben einen Fachbereichsleiter und der Fachbereichsleiter an der Stelle ist Herr Schweiger."

Antwort des Fachbereichsleiters Bürgerservice Herrn Michael

Herr Michael setzt seine Ausführungen fort und wiederholt, dass derjenige, der dazu aufruft, den Schenkplatz und damit die Sperrung zu blockieren, sich erst einmal selbst zum Problem macht. Zum Glück ist es nicht so gekommen. Es wurde diskutiert und der Bauhof wäre eigentlich wieder abgerückt. Auf Grund der immer wieder einlenkenden Diskussion, sind die Mitarbeiter aber geblieben und man hat sich sogar über den Schnitt verständigt. Er beantwortet die Frage selbst, was passiert wäre, wenn die Bauhof-Mitarbeiter abgerückt wären. Dann hätte man nur mit Polizeiaufgebot die behördlich gestellte Sperrung räumen können. Das wäre schlimm gewesen, wenn es so weit gekommen wäre. Es wurde zwar nicht mit zufriedenstellendem Ergebnis auseinandergesprochen, aber mit einem besseren Ergebnis, als erwartet.

Unterbrechung durch den Bürger Herrn Stefan Klaube, Sangerhausen, OT Wettelrode, Am Lindenplatz 7

Herr Klaube: "Herr Michael, ich möchte die Diskussion jetzt hier nicht weiterführen an dieser Stelle. Wichtig ist für mich eines. Es ist vollkommen unangebracht gewesen, wie die Bürgerinitiative behandelt wurde und alles andere soll der Stadtrat entscheiden."

Wortmeldung der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S./FBM - Fraktion

Frau Liesong stellt fest, dass man hier wieder auf ein Dilemma gestoßen ist, das es schon des Öfteren gab, nämlich, die fehlende Kommunikation. Die Wettelröder haben ein oder zwei Tage zuvor durch die MZ erfahren, dass die Bäume gefällt werden sollten. Das gleiche Problem gab es in Sangerhausen, als am Mühlendamm die vielen Bäume gefällt wurden. Davor wurde auch nichts gesagt. Es gab allerdings Baumgutachten. Sie ist jetzt außerstande festzustellen bzw. zu wissen, welches Gutachten, wo, vorgelegen hat. Ihre Aufforderung an die Stadtverwaltung ist folgende. "Mit uns Bürgern kompetenter umzugehen und uns als Bürger zu achten. Dazu gehört, dass bestimmte Dinge deutlich vorher und rechtzeitig kommuniziert werden, sodass wir nicht in die Lage versetzt werden, entscheiden oder Partei ergreifen zu müssen." Es kann nicht sein, dass sie jetzt hier steht und überlegen muss, wer hier die Wahrheit spricht, die Bürger aus Wettelrode und wie es in der Zeitung stand, dass eben die Bäume so hätten nicht gefällt oder verschnitten werden müssen und dass die entsprechenden Genehmigungen nicht vorlagen oder stimmt es, wie es der Oberbürgermeister in seinem Bericht gesagt und jetzt noch einmal bestätigt hat, dass alles ordnungsgemäß verlaufen sei und die entsprechenden Gutachten vorlagen. Das nächste, was sie anregen muss und möchte, ist, dass 1.) im Vorfeld zu kommunizieren ist und 2.) entsprechende Gutachten anzufertigen sind. Sie möchte nicht an dieser Stelle den Mitarbeitern der Verwaltung die Kompetenz absprechen, aber bei den Bäumen damals, hat es eben einen Baumsachverständigen gegeben, der entsprechende Messungen durchgeführt hat. Die Ergebnisse sind dann auch einsehbar in der Verwaltung. In Wettelrode ist das nicht der Fall und somit entsteht der Verdacht und kommt die Frage auf, ob alles rechtens gelaufen ist. Sie sieht vor allem ein Problem darin, dass es sich hier nicht nur um einfache Bäume, sondern um Naturdenkmale handelt. Diese unterliegen nach ihrem Wissen im Umgang, einer völlig anderen Behandlung und Gesetzgebung. Sie bittet darum, dass in Zukunft anders damit verfahren wird, denn das führt berechtigterweise zu Missmut und treibt auf die rechte Seite. Das kann sie nicht gutheißen, wenn das zur Politikverdrossenheit führt.

Wortmeldung des Stadtratsvorsitzenden Herr Skrypek

Herr Skrypek äußert, dass es angebracht gewesen wäre, wenn sich der Fachausschuss, der sich mit Umweltsachen beschäftigt, die Thematik auf die Tagesordnung gesetzt und die

Verwaltung die Sachlage dort darstellt hätte. Die Mitglieder wären sicher bereit gewesen, sich in Wettelrode ein eigenes Bild von der Situation zu machen, um der Verwaltung oder dem Stadtrat eine Entscheidungsempfehlung geben zu können.

Wortmeldung der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S./FBM - Fraktion

Frau Liesong betont, dass ein Ausschuss nur kompetent und ordentlich darüber befinden kann, wenn entsprechende Voruntersuchungen stattgefunden haben und die Ergebnisse den Mitgliedern vorliegen.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Windolph, CDU - Fraktion

Herr Windolph spricht als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt. Der Ausschuss wurde vorab informiert, dass in der Presse diese beabsichtigten Verschnitt- und Fällarbeiten kommuniziert werden, um das in der Öffentlichkeit darzustellen. Vom Fachbereichsleiter, Herrn Schweiger, wurde deutlich darauf hingewiesen, dass entsprechende gegenteilige Meinungen zu erwarten sind. Der Ausschuss wurde von der Verwaltung in Kenntnis gesetzt. Die Sitzung war bereits terminiert für den 15.02.2017 im Friesenstadion.

Wortmeldung des Bürgers Herrn Stefan Klaube, Sangerhausen, OT Wettelrode, Am Lindenplatz 7

Herr Klaube: "Eine wichtige Information für die Stadträte - Stadtverwaltung, Fachbereich Stadtentwicklung und Bauen - Datum liegt vor - am 15.02.2017. Am 16.02. wurde das Massaker verübt. Anfragen und Anregungen - also die Antwort war einen Tag vorher. Die Ausschüsse hatten keine Chance sich einzubinden."

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann weist darauf hin, dass sich der Ortschaftsrat Wettelrode auch in seiner öffentlichen Sitzung damit beschäftigt hat. Es wurde nicht nur in der Verwaltung darüber entschieden, sondern es gab eine regelmäßige Kommunikation, bei der es hauptsächlich um den Verschnitt ging. Die Verwaltung hat bei den Kontrollen festgestellt, dass der Baum nicht standsicher war. Das kann gern noch einmal zum Prüfstand gelegt werden. Es gibt unterschiedliche Auffassungen dazu. Ihn interessiert die Stellungnahme, die die Untere Naturschutzbehörde abgegeben hat. Das wird er sich näher ansehen. Jetzt kann er dazu nichts sagen, da hier nur der letzte Satz zitiert wurde. Er kann sich an ein Protokoll bzw. eine Aktennotiz aus einer Begehung erinnern. Bevor er dazu Stellung nimmt, muss er sich die 5 Seiten erst einmal durchlesen.

Wortmeldung des Bürgers Herrn Stefan Klaube, Sangerhausen, OT Wettelrode, Am Lindenplatz 7

Herr Klaube: "Meine Bitte an den Stadtrat und den Oberbürgermeister ist folgende. Bitte prüfen Sie die gesamte Verfahrensweise, die Zuständigkeiten, die Zeitschienen und vor allem den § 28 Bundesnaturschutzgesetz und § 16 Landesnaturschutzgesetz. Ich denke, da gibt es erhebliche Probleme. Übrigens, unser Ortschaftsrat ist auch nicht voll dafür gewesen."

Wortmeldung des Bürgers und Ortschaftsrates Herrn Dieter Sperber, Sangerhausen, OT Wettelrode, Leutenberg 3

Herr Sperber: "Anfragen und Anregungen: Im Zuge der Gefahrenabwehr befürwortet der Ortschaftsrat einstimmig das Entfernen der Linde in der Schenkstraße (zwischen den Anliegern Manhardt und Fiebig) in Wettelrode. Der Baum ist aufgrund der augenscheinlichen Schäden nicht zu halten und gefährdet die angrenzenden Gebäude der Anlieger. Eine Begutachtung des Baumes durch die Stadtverwaltung hat nach unserer Kenntnis bereits stattgefunden. Bei einer Fällung des Baumes ist nach unserer Auffassung auch das Wurzelwerk mit zu entfernen, um die Stelle im Zuge der Ortsbildverschönerung vernünftig herzustellen. Wir bitten um eine zeitnahe Entscheidung der Verwaltung zum weiteren Vorgehen bei der Linde und bitten um schriftliche Information bis zum 31. Januar 2017. (Auszug aus der Niederschrift der Ortschaftsratssitzung in Wettelrode am 14.12.2016)

Die Antwort von Herrn Schweiger: 'Hinsichtlich der Anfragen vom Ortschaftsrat sind zur beabsichtigten Fällung die notwendigen Maßnahmen eingeleitet. Die Zustimmung der Umweltbehörde des Landkreises liegt zwischenzeitlich vor. Die Fällung soll in der 8. Kalenderwoche erfolgen.' Und er weiß, dass keine Zustimmung vom Landkreis da war."

Wortmeldung und Anfrage des Bürgers Herrn Stefan Klaube, Sangerhausen, OT Wettelrode, Am Lindenplatz 7

Herr Klaube: "Es ist eine seltsame widersprüchliche Geschichte, wie das alles gelaufen ist. Das möchte ich nur noch einmal sagen. Ich möchte jetzt auch gar nicht weiter hochfahren. Ich sage mal an der Stelle, es ist wirklich einmal grundsätzlich abzu prüfen, was da überhaupt passiert ist, was schief gelaufen ist, wo es gegangen hat. Die Naturdenkmäler kommen nicht wieder. Das ist Fakt. Ich habe mehrere Gutachter ehrenamtlich vor Ort gehabt, die das so einschätzen, dass die unwiederbringlich verloren sind. Ich hatte gestern auch die Antwort: 'Sieht jeder Gutachter anders'. Mag sein. Gutachter, ich sage es mal aus der Erfahrung, werden bezahlt. Das ist einfach so. Eine Sache hätte ich noch. In dieser Stellungnahme vom Landkreis steht drin: 'Alles Verschnittholz ist zu sammeln und ist an einem sonnigen Waldrand von Wettelrode zu lagern, als Totholzpyramide.' Warum ist das liegen geblieben, dass sich Anwohner das wegholen konnten und der Rest zum Osterfeuer? Klarer Verstoß gegen die Sache!"

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann wiederholt, dass er nicht weiß, was in der Stellungnahme steht. Er kennt diese nicht. Die Bürgerinitiative hat 29 Fragen gestellt. Diese werden beantwortet.

Wortmeldung und Anfragen des Stadtrates Herrn Polster, B.I.S./FBM - Fraktion

Herr Polster weist darauf hin, dass es sich hier nicht nur um irgendeinen Baum, sondern um ein Naturdenkmal handelt. Er liest vor: 'Die Beseitigung des Naturdenkmals sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturdenkmals führen können, sind nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten.' Deswegen versteht er nicht, warum das so in der Eile realisiert wurde. Er fragt, ob es ein externes Gutachten für diese Bäume gibt und ob irgendjemand im Vorfeld damit beschäftigt wurde, der diese Bäume wirklich begutachtet hat, außerhalb der Verwaltung. Sollte das so sein, sieht er einen Verstoß gegen bestehende Gesetze. Er fragt, wie die Diskussion heute aussehen würde, wenn ein Bürger das gemacht hätte. Allein, wenn ein Feuer zu sehr qualmt, schreitet schon das Ordnungsamt ein und macht eine Anzeige an das Umweltamt. Man weiß auch nicht, ob in diesem Baum irgendwelche Tiere genistet haben und fragt, ob das jemals überprüft wurde. Dabei verweist er auf die Hamster. Er

versteht die Eile der Notwendigkeit in keinster Weise, für Bäume die schon 300 bis 500 Jahre stehen.

Anfrage des Bürgers Herrn Axel Sell, Sangerhausen, Hüttenstraße 24

Herr Sell wurde von verschiedenen Bürgern in der Stadt angesprochen und gefragt, ob es stimmt, dass in der "Blehbüchse" in der Stadt ein Call-Center mit ca. 20 Arbeitskräften errichtet wird.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erklärt, dass unter "Blehbüchse" das ehemalige Kaufhaus NKD zu verstehen ist. Die Anfrage kann er aber im Moment nicht beantworten.

Anfragen des Bürgers Herrn Lothar Wolfram, Sangerhausen, Hinter der Ulrichkirche 2

Herr Wolfram fragt 1.), ob in der Stadt noch geblitzt wird. Er hatte sich schon einmal dahingehend geäußert, dass die Ankündigung der Blitzaktionen albern ist. Man kündigt das vorher nicht an. Dann kann man sich das gleich sparen.

2.) Die Ordnung in der Stadt war in den letzten Wochen relativ schlecht. Jetzt ist ja eine Kehrmaschine gefahren und hat einiges mitgenommen. Er spricht das alte Thema: Hundekot an. Zum Beispiel musste er auf seinem Weg vom Kirchberg durch die Kirchgasse in Richtung Magdeburger Straße ständig aufpassen, dass er nicht in Hundehaufen tritt. Das ist ein schlimmer Zustand. Vor der Gaststätte, wenn man aus der Kirchgasse herauskommt, liegen Tausende Kippen. Ob das jetzt noch so ist, weiß er nicht. Er fragt, ob diesbezüglich vom Ordnungsamt jemand ermahnt wurde. Natürlich gibt es das überall. In der Göpenstraße hat er selbst erlebt, dass Geschäftsleute die Kippen Mitte Fahrbahn werfen. Das ist heutzutage so - keine Erziehung.

3.) In Bezug auf die Hundesteuer möchte er wissen, wie viele Hundebesitzer im letzten Jahr durch Ordnungsgeld bzw. durch das Ordnungsamt zur Kasse gebeten wurden. Er kann sich nicht richtig vorstellen, dass das überhaupt gemacht wird.

4.) An der Sparkasse beobachtet er schon jahrelang, dass regelmäßig, im Minutentakt, vor der Sparkasse geparkt wird. Letztens parkte jemand mit den Rädern so auf dem Gehweg, dass kein Kinderwagen durch passte. Er schlägt vor, dass sich jemand vom Ordnungsamt in den Vorraum der Sparkasse stellt und die Nummern aufschreibt bzw. Fotos macht. Das wird scheinbar überhaupt nicht gemacht. Auch an der Einmündung Hüttenstraße, Richtung: Borngasse, Dr.-Wilhelm-Külz-Straße - absolutes Halteverbot von 6:00 bis 20:00 Uhr werktags, das heißt auch samstags. Da werden zur Mittagszeit Schüler abgeholt. Da stehen 3 bis 4 Autos im Halteverbot. In der Borngasse ist ehe eine Seite Parkverbot. Hier wird ständig falsch geparkt.

5.) Er fragt, was die Stadt dazu sagt, dass die Postschließfächer aus den Hauptpostamt an die Oststraße (am neuen EDEKA) ausgelagert wurden. Das ist recht eigenartig, wenn Kunden oder Geschäftsleute aus dem Zentrum extra da raus fahren müssen. Es ist schon kurios, dass die Postschließfächer ausgelagert werden.

Er fasst zusammen. Es wäre schon interessant über die Ergebnisse der Ermahnungsgebühren o.ä. Gebühren in Bezug auf die Hunde etwas zu wissen. Manch einer würde sicher auch durch die Zeitung gern davon informiert. Auch über die eventuelle Erhöhung der Hundesteuer. Da werden manche wieder aufschreien.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann hat 6 Probleme aufgeschrieben. Es ging um die Blitzer, den Hundekot und die Frage, wie man die Halter erwischt, wie viel Ordnungsgelder herangezogen werden, um die Hundesteuer zu bekommen oder andere Ordnungswidrigkeiten, die mit Hunden zusammenhängen. Auf einige dieser Fragen, kann man ad-hoc nicht antworten. Das muss schriftlich erfolgen. Des Weiteren wurde angesprochen, das Falschparken vor der Sparkasse und das Halteverbot in der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße bzw. vor der Schule. Zu den Postschließfächern äußert er sich folgendermaßen. Das ist eine Entscheidung, die die Stadt nicht betrifft. Über die Presse wurde kommuniziert, dass höhere Gebühren zu entrichten sind. Ob das Postschließfach der Stadt selbst in die Oststraße verlegt wurde, ist ihm bislang nicht bekannt. Die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Entscheidung der Post, ist in diesem Fall verhältnismäßig sehr gering. Wünschenswert wären Paketstellen, an die mit dem Auto herangefahren werden können. Das gestaltet sich an der Hauptpost schwierig. Vielleicht hat das zur Entscheidung beigetragen. Zu den anderen Problemen: Blitzer, Hundekot, Hundesteuer und Falschparken wird sich Herr Michael äußern.

Antwort des Fachbereichsleiters Bürgerservice Herrn Michael

Herr Michael wird sich kurzfassen und bietet Herrn Wolfram an, Details im Nachhinein zu besprechen. Alle Vorgänge, die als Ordnungswidrigkeiten benannt wurden, werden auch von seinem Fachbereich erfasst und geprüft. Sicher nicht gerade immer dort, wo die Bürger das sehen möchten. Das Thema Hund betreffend, werden auch am Wochenende oder frühmorgens, 5:30 Uhr, Kontrollgänge durchgeführt. Die Haupthundestrecken in Sangerhausen sind bekannt. Hier werden eine Menge Ordnungswidrigkeiten festgestellt. Oftmals auch als mündliche Ermahnung. In manchen Fällen reicht bereits die Präsenz der Mitarbeiter aus. Überall können diese aber nicht sein. Rund um Sangerhausen gibt es wieder zahlreiche Müllprobleme, insbesondere Richtung Pfeiffersheim, Umgehungsstraße, Mc.Donalds hoch. Dem nachzukommen ist katastrophal. Zur Problematik Parken auf dem Gehweg vor der Sparkasse. Nichts ist leichter, als sich dort ein Knöllchen zu holen. Das weiß die Stadt und ist regelmäßig vor Ort bzw. es wird dort oft vorbeigefahren, wenn die Stadtrunden gedreht werden. Wie in der Borngasse gibt es auch das gleiche Parkproblem an der Goetheschule. Hier wird versucht, mit mündlichen Verwarnungen und nicht mit Knöllchen vorzugehen, da die meisten Eltern ihre Kinder nur bringen und holen. Es gibt aber auch welche, die ihre Autos abstellen und in die Schule hineingehen. Das ist das Problem. Es gibt deshalb ständig Kontakt mit den Schulen. Über diese soll den Eltern vermittelt werden, wie sie sich zu verhalten haben (wie z.B. beim Be- und Entladen). An der Goetheschule ist es ganz schlimm, weil teilweise der Busverkehr behindert wird. Noch mehr unterwegs können die Mitarbeiter nicht sein. Die Dienstzeiten werden jetzt schon verschoben. Den anwesenden Redakteur der MZ ansprechend, betont er, dass man nur immer wieder die Öffentlichkeit in Artikeln der MZ und den Sangerhäuser Nachrichten bitten kann, mitzuwirken, die Stadt zu pflegen. Es ist richtig, wie sich Herr Wolfram verhält, indem er die Leute anspricht und auf ihre Fehlverhalten hinweist. Das erschreckt so manchen und veranlasst zur Besserung des Verhaltens.

Nachfrage des Bürgers Herrn Lothar Wolfram, Sangerhausen, Hinter der Ulrichkirche 2

Herr Wolfram hat noch einen Punkt vergessen, zu dem er schon einmal 60 Fotos geliefert hatte. Das Thema Ordnung auf dem Friedhof wurde heute noch nicht angesprochen. Als er 2014 noch im Stadtrat war, wurde im Paragrafen 22 oder 23 der Friedhofsatzung geregelt, was alles nicht erlaubt ist. Dieser Aushang hing immer im Kasten vorn. D.h. Vasen, Gießkannen und andere Dinge sind nicht von den Betreuern der Grabstellen, hinter die Grabsteine zu

stellen. Mittlerweile hat er schon wieder bis zu 150 Fotos (ohne lesbare Namen) auf dem Computer gespeichert. Er fragt, ob es in der Satzung noch diesen Hinweis bzw. diesen Paragraphen gibt oder jeder sein Erd- oder Urnengrab so gestalten kann, wie er möchte. Auf den Friedhöfen von Ortsteilen hat er das in diesem Ausmaß noch nicht gesehen. Alle schimpfen auf die Stadtverwaltung und den Bauhof, dass nichts gemacht wird. Der Hauptübeltäter ist seiner Meinung nach, der Nutzer. Auf Fotos ist zu sehen, dass hinter einem Grab sogar eine rote große Kaufland-Einkaufsstüte steht und hinter einem anderen ein Gurkenglas und Plastikflaschen.

Antwort des Fachbereichsleiters Bürgerservice Herrn Michael

Herr Michael bestätigt, dass es die Regelung in der Satzung noch gibt, dass auf und hinter den Grabstätten diese Dinge nicht gelagert werden sollen. Die Leute werden mündlich und auch schriftlich darauf hingewiesen und gegebenenfalls zur Beräumung aufgefordert. Noch schlimmer ist es auf der Urnengemeinschaftsanlage und auf dem Friedhof allgemein. Letztens wurde sogar ein Fernseher auf dem Friedhof abgelegt und Kaninchenmist im Container entsorgt. Die Ordnungswidrigkeiten sind da und werden sowohl von der Friedhofsverwaltung als auch von den Mitarbeitern des Ordnungsamtes erfasst und geahndet.

Wortmeldung des Bürgers Herrn Lothar Wolfram, Sangerhausen, Hinter der Ulrichkirche 2

Herr Wolfram hat selbst beobachtet, als Mitarbeiter zwischen den Urnengräbern gemäht haben, dass sie die ganzen Gerätschaften beiseite- und hinterher wieder hinräumten. Normalerweise hätte das in einen Müllcontainer gehört. Das kostet unnötige Arbeitszeit.

17:43 Uhr - Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Fortsetzung des TOP 5.

Wortmeldung und Anfrage des Stadtrates Herrn Koch, fraktionslos

Herr Koch möchte sich zu 3 Themen äußern, die bereits heute schon angesprochen wurden.

1.) Industriepark Mitteldeutschland

Er fand es schon bei der Demonstration nicht gut, dass beim Interview mit dem MDR der Organisator gefehlt hat. Das liegt natürlich in der Verantwortung des MDR. Für ihn kommt somit zum Vorschein, welche Prioritäten hier öffentlich gesetzt werden. Der Organisator hätte dort mit hingehört und Rede und Antwort zum Anliegen stehen dürfen. Bei letzten öffentlichen Terminen zu diesem Thema, hatte sich die Stimmung immer berechtigter Weise hochgeschaukelt und es wurde Druck auf die öffentlichen Vertreter ausgeübt. Aber während und nach den Veranstaltungen hatte er immer den Eindruck, dass es gelöst ist und die Vertreter der öffentlichen Instanzen eingelenkt haben. Oft wenige Tage später schon, wieder ein völlig anderer Eindruck, umgekehrt, bis zu dem Punkt, dass der Investor kurz vor dem Absprung steht. Es wird immer wieder gesagt, dass das nicht öffentlich diskutiert werden kann, weil dadurch der Standort gefährdet wird. Seines Erachtens wird hier die Öffentlichkeit vertröstet und hingehalten. Ihn stört insbesondere dieses Lamentieren ab Landkreisebene bis nach Magdeburg. Hier wird der völlig gegensätzliche Eindruck vermittelt. Es muss Druck ausgeübt werden. Deshalb kann man sich nicht mehr zurückhalten. Im Bericht gibt es die Formulierung, dass mit der Genehmigung durch die UNB, hinsichtlich der Ausnahmegenehmigung, des Umsetzens der Hamster, in Kürze zu rechnen ist. Er fragt, wer in Kürze rechnet. Das sagt gar

nichts. Es gibt keine Zeit mehr, denn wenn der März um ist, endet die Sache seines Erachtens negativ.

17:45 Uhr
Herr Lucas geht = 28

2.) Schwimmhalle und Preise

Das Problem wurde hier berechtigt angesprochen. Darum wird sich der Schul- und Sozialausschuss kümmern. Er persönlich hält folgendes für verhängnisvoll und richtet sich dabei an den Oberbürgermeister und die anderen, die diese Meinung vertreten. "Wir als Stadtrat haben die Verantwortung nicht delegiert in diese Unternehmen, in ihre Beiräte und Aufsichtsräte. Die Verantwortung bleibt beim Stadtrat. Der kann sich jedes Problem auf den Tisch ziehen. Wenn wir der Meinung sind, dass dort nicht entsprechend dem Willen unserer Bürgerinnen und Bürger, als auch unserem Willen, gehandelt wird, dann müssen wir das auf den Tisch bringen." Er erwartet, nicht nur einmal im Jahr einen Bericht aus den Gesellschaften, sondern auch zwischendurch, zu einzelnen Problemen, die den Stadtrat berühren.

3.) Straßenschäden

Er fragt, ob es einen Plan der Verwaltung gibt, der aufzeigt, wie damit umgegangen wird. Seines Erachtens sind die Schäden in diesem Jahr besonders stark. Er hat ein ganz konkretes Anliegen. Anfang des Jahres hatte er einen Termin in der Walkmühle. Herr Kemesies und Frau Rödiger waren auch dabei. Als er an der Freilichtbühne vorbei, in Richtung der Gaststätte fuhr, musste er feststellen, dass dort ukrainische Verhältnisse herrschten. Er fragt, wem die Straße gehört und ob in absehbarer Zeit etwas getan wird. Dort kommen viele überregionale Gäste hin. Es gibt eine gastronomische Einrichtung und eine Übernachtungsmöglichkeit. Die Stadt hinterlässt hier einen ganz schlechten Eindruck.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger antwortet, dass sich der Bauausschuss in seiner letzten Sitzung mit den Straßeninstandsetzungen beschäftigt hat und zwar mit dem Budget, das die Stadt in diesem Jahr im Haushalt zur Verfügung hat. Die Verwaltung hat danach eine Liste vorgelegt, mit den Maßnahmen, die aus ihrer Sicht notwendig wären. Leider ist die Liste mit dem Budget nicht in Einklang zu bringen. Deutlich gesagt, auf der Liste steht viel mehr, als finanziell möglich ist. Der Bauausschuss hat bestätigt, dass das zunächst die Richtlinie ist, nach der verfahren werden kann. Es gibt immer noch einen kleinen Hoffnungsschimmer, der sich meistens erst zum Jahresende erfüllt, da in den Budgets immer eine Reserve für Havarien und Unvorhergesehenes ist. Auf dem angesprochenen Weg ist grundhaft nichts vorgesehen. Dort wird maximal an den schlimmsten Stellen eine Ausbesserung stattfinden.

Nachfrage des Stadtrates Herrn Polster, B.I.S./FBM - Fraktion

Herr Polster hat eine Nachfrage zu den Gebühren der Bädernutzung. Er hat das nicht so richtig verstanden und fragt, ob es richtig ist, dass die Vereine 68 Euro pro Stunde und Bahn zahlen sollen. Bisher wusste er nicht, dass die Vereine überhaupt dort etwas bezahlen müssen. Er möchte wissen, was sie vor der Sanierung zu entrichten hatten. Auch die Kalkulation ist nicht zu verstehen, denn theoretisch können bei 3 Euro/ Stunde (normaler Eintrittspreis) 23 Leute dort hingehen, ehe man auf 68 Euro pro Stunde und Bahn kommt. Er hat noch nie 23 Leute auf einer Bahn gesehen. D.h. für ihn handelt es sich hier um eine utopische Zahl. Sangerhausen hat im Schwimmbereich qualifizierte Vereine und so etwas macht diese generell kaputt. Der Stadtrat ist in der Verantwortung, genau solche Sachen zu regeln.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erklärt, dass im Aufsichtsrat eine Kalkulation beschlossen wurde, die genau das hergibt. Jetzt finden Gespräche mit den Vereinen statt. Es gab den ersten Aufschrei. Nun setzt man sich zusammen, um eine Lösung zu finden. Bisher haben Vereine auch für die Nutzung gezahlt, nur nicht ganz so viel. Ad hoc kann er die Zahl nicht nennen. Laut Herrn Michael, 44 Euro pro Stunde. Das Recht des Vereins ist, dass diese Bahn für ihn abgesperrt wird. Bis jetzt war das unstrittig. Das gibt es in allen Sport- und Schwimmhallen. Auch in Eisleiben werden Gebühren für die Nutzung des Bades erhoben. Der jetzige Kalkulationsansatz ist höher, da eine andere Qualität dahinter steht und es muss darüber geredet werden, wie damit umgegangen werden sollte. Es müssen Gespräche geführt werden. Das hat ihm Paul Biedermann zum Sportlerball, auf Veranlassung des Schwimmvereins, direkt gesagt. Die Gespräche waren vorher schon anberaumt, mussten aber verschoben werden. Der Kreissportbund wird dabei sein. Die Sache wird noch einmal angegangen.

6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

6.1 Abberufung sachkundiger Einwohner

Herr Skrypek:

1.)

Herr **Gerhard Kaczor (BOS-Fraktion)** legt aus gesundheitlichen Gründen die ehrenamtliche Tätigkeit als sachkundiger Einwohner nieder.

Herr Kaczor war im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt tätig.

Abstimmung über die Abberufung

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss-Nr. 1-26/17

Damit ist Herr Kaczor als sachkundiger Einwohner abberufen.

2.)

Herr **André Röthel (Fraktion DIE LINKE.)** legt aus privaten Gründen die ehrenamtliche Tätigkeit als sachkundiger Einwohner nieder.

Herr Röthel war im Finanzausschuss tätig.

Abstimmung über die Abberufung

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss-Nr. 2-26/17

Damit ist Herr Röthel als sachkundiger Einwohner abberufen.

Pause von 17:54 Uhr bis 18:13 Uhr

6.2 Satzung über die Bildung von Schulbezirken der Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Sangerhausen

Der Entwurf der geänderten Satzung wurde vor der Sitzung zum Austausch verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 03.03.2017 zugeschickt.

Herr Michael begründet die Beschlussvorlage und die Notwendigkeit der Satzung. Im Schul- und Sozialausschuss und im Hauptausschuss fanden ausführliche Vorberatungen statt. Die Austauschsatzung wurde aus dem Grund verteilt, weil Straßen in der ursprünglichen Fassung fehlten. In beiden Ausschüssen gab es jeweils den Antrag, die Satzung dahingehend zu ändern, dass der folgende letzte Satz im § 3 Punkt 2 der Satzung ersatzlos gestrichen wird. *"Im Falle einer Schließung der Grundschule Hayn werden die Schülerinnen und Schüler der unter Punkt 2 genannten Ortsteile dem Schulbezirk III - Grundschule "Am Rosarium" zugeordnet."* Die Verwaltung wird die Änderung übernehmen, soweit der Rat keine Einwände vorbringt. Im Vorfeld fanden auch Beratungen mit den Schulleitungen statt. Diese erteilten bezüglich der Schulbezirke ihre Zustimmung.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen zu, nur unter der Maßgabe, dass der letzte Satz des § 3 Punkt 2 der Satzung ersatzlos gestrichen wird.

Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu, nur unter der Maßgabe, dass der letzte Satz des § 3 Punkt 2 der Satzung ersatzlos gestrichen wird.

Frau Liesong bittet darum, zu bedenken, dass die jetzige Gesetzeskraft jedem bewusst sein sollte.

Die Liste der Abstimmungsergebnisse aus den **Ortschaftsratssitzungen** wurde vor der Sitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 03.03.2017 zugeschickt. Sie wird der Niederschrift angehängt.

Herr Hüttel möchte eine Erklärung zu der Aussage von Frau Liesong, was die Gesetzlichkeit betrifft. Er fragt, ob es noch die Ausnahmemöglichkeit gibt.

Herr Michael bestätigt, dass es auch weiterhin die rechtliche Ausnahmemöglichkeit gibt. Frau Liesong meint, dass die Satzung jetzt Ortsrecht für Schulbezirke ist. Bisher waren die Schulbezirke verbindlich durch die Festlegung in der Schulentwicklungsplanung des Landkreises vorgeschrieben. Laut Gerichtsbeschluss reicht aber die Formalie der reinen Veröffentlichung nicht aus. Um Rechtssicherheit zu erlangen, muss eine kommunale Satzung beschlossen und veröffentlicht werden.

Frau Liesong zitiert aus der Vorlage. "Vielmehr erlangen die Schulbezirke nur den gesicherten Rechtscharakter, wenn dies durch kommunale Satzung beschlossen wird." Daraus schließt sie im sogenannten Umkehrschluss, dass es bisher keine gesicherte Rechtslage gab. Es hat nur eine Empfehlung vorgelegen. Sie betont, dass es bisher Probleme mit den Schulbezirken gab. Durch die Satzung werden diese jetzt aber rechtskräftig festgelegt.

Herr Michael erklärt, dass sich die gesicherte Rechtslage auch auf die Möglichkeit bezieht, dass z.B. ein Elternteil klagen könnte. Das Gericht sagt, dass man sich mit einer kommunalen Satzung auf einer gesicherten Rechtslage befindet. Wenn nur eine Veröffentlichung der Schulbezirke stattfindet, dann ist nach Auffassung des Gerichtes die Möglichkeit der Klage gegeben.

Frau Liesong stellt fest, dass das wieder die Fragen sind, die der Stadtrat entscheiden soll. Sie vertritt die Auffassung, dass, wenn kein Schulbezirk festgelegt wird, die Eltern auch nicht klagen müssen. Dann haben Eltern die Möglichkeit, ihr Kind in der Schule anzumelden, die ihrem Erziehungskonzept und ihren Bedürfnissen entsprechen. Das muss dann nicht eingeklagt werden. Die Folge, die sich daraus ergibt, ist die Frage nach dem Schulweg. Der Landkreis sagt, es wird nur auf dem nächstgelegenen Schulweg befördert. Wenn die Schulen sich unterschiedlich qualifizieren, was sie eigentlich auch sollten, dann würde das durch Angebot und Nachfrage geregelt. Dann platzt nicht die eine Schule aus allen Nähten, weil es zu viele Kinder im Einzugsbereich gibt. Letzten Endes müssen diese in andere Schulen umgelenkt werden. Hier soll etwas beschlossen werden, was zu Problemen führen könnte.

Herr Michael wiederholt, dass eine kommunale Satzung jederzeit geändert werden kann. Auch bei der Schulentwicklungsplanung war der Stadtrat immer eingebunden. Im Moment wird einer Forderung der Kommunalaufsicht gefolgt, da die Rechtswirkung auf Grund des Beschlusses des Verwaltungsgerichtes Halle rechtlich zwingender und klarer ist. Gegen die Schulentwicklungsplanung des Landkreises konnten die Eltern bisher auch vorgehen. Andererseits bekommen die Eltern auch zeitig genug die Sicherheit darüber, wo ihre Kinder eingeschult werden, wo man sich anmelden muss usw.. Einen Wettbewerb, auf Grund der inhaltlichen Ausrichtung in den Grundschulen gibt es nicht. Alle Grundschulen haben das gleiche Bildungskonzept und die gleichen Richtlinien. Dem widersprechen auch die Schulleiter ganz klar.

Herr Koch stellt fest, dass der Landkreis in gewisser Weise die Schuleinzugsbereiche für die Grundschulen festlegt, da er das als Anlage in seiner Planung hat. Das ist in Abstimmung mit den Kommunen erfolgt. Wenn die Stadt Änderungen haben will, die dieser Anlage entgegenstehen, dann müsste mit dem Schulamt geredet werden, inwieweit das möglich ist. Er warnt vor einem Wettbewerb zwischen den Grundschulen. Das wäre verheerend. Seines Erachtens geht es hier um eine rechtssichere Beschlussfassung der Festlegungen, die schon von Seiten des Landkreises im Kreistag getroffen wurden.

Herr Windolph möchte klarstellen, dass es sich dabei nur um eine Befassung durch den Stadtrat als oberstes Gremium der Kommune geht. Damit wird das Ganze demokratischer und legitimer dargestellt. D.h. vorher war es reines Verwaltungshandeln. Es ist Entscheidungsaufgabe des Stadtrates, hier örtliches Recht zu setzen.

Frau Kümmel informiert, dass das Recht des Klageverfahrens, welches ein Elternteil hat, immer über das Landesverwaltungsamt geht. Also wenn etwas eingeklagt wird, hat weder die Stadt noch der Kreis damit zu tun, sondern nur die höhere Instanz. Das Klagerecht besteht immer, ob die Satzung beschlossen wird oder nicht.

Herr Michael ergänzt. Bisher konnte die Verwaltung die Straßen durch Veröffentlichung selbst verändern. Wenn die Satzung beschlossen ist, muss bei jeder Änderung (Straßenzüge, Zuordnung usw.) der Ausschuss bzw. der Stadtrat angehört werden und entscheiden.

Frau Liesong ging es gerade darum, das Klagewesen vermeiden zu wollen. Die Eltern sollen erst gar nicht gezwungen werden, gegen irgendetwas klagen zu müssen. Ihnen sollte das Recht eingeräumt werden, frei zu entscheiden. Das war ihr Anliegen.

Herr Skrypek stellt fest, dass es seitens der Stadträte keine Einwände gegen die ersatzlose Streichung des letzten Satzes des § 3 Punkt 2 der Satzung gibt und lässt abstimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Sangerhausen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	21
Nein-Stimmen	=	6
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-26/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Veröffentlichung

18:35 Uhr
Herr Hüttel geht = 27

18:36 Uhr
Frau Stahlhacke kommt = 28

6.3 Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß §105 des KVG LSA für den Erwerb von Waldgrundstücken für die Ursula W. Stiftung in Höhe von 95.165,43 € im Haushaltsjahr 2014

Herr Poschmann begründet die folgenden 3 Beschlussvorlagen im Zusammenhang und geht auf Einzelheiten der Gründung, auf die Zusammensetzung des Vermögens und auf den Zweck (Begabtenförderung) der Ursula W. Stiftung ein. Die Stadt ist Stiftungsträger der unselbstständigen Stiftung. Erst jetzt wurde durch Erlasslage geregelt, wie mit dem Vermögen unselbstständiger Stiftungen in der doppelten Haushaltsführung umzugehen ist. Das ist mit den folgenden Beschlussfassungen nachzuholen. Der Stiftungsbeirat setzt sich aus dem Oberbürgermeister oder seinem Vertreter und einem Mitarbeiter der Verwaltung zusammen. Das wurde von Frau Wetzel festgelegt. Im gestrigen Hauptausschuss kam die Frage auf, ob diese Festlegung so bleiben muss. Das konnte er von gestern zu heute noch nicht prüfen. Das Vermögen wird in den Abschlüssen der Stiftung nachgewiesen.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadträtin Frau Rauhut, stellv. Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt einer außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 95.165,43 € unter dem

*Produkt 11123100 Stiftungen und Beteiligungen,
Sachkonto 02310001 Wald, Forsten Ursula W. Stiftung,
Maßnahmenummer 111231M00001 Erwerb von Waldgrundstücken für die Ursula W. Stiftung*

zum Erwerb von Waldgrundstücken für die Ursula W. Stiftung im Haushaltsjahr 2014 zu. Die Deckung erfolgt aus dem Sachkonto 18115600 - Sichteinlagen Ursula W. Stiftung.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 27
Nein-Stimmen = 1
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-26/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

6.4 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß §105 des KVG LSA in Höhe von 47.886,69 € im Haushaltsjahr 2014 und in Höhe von 2.393,64 € im Haushaltsjahr 2015 zum Erwerb von Grundstücken

Begründung: Herr Poschmann

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadträtin Frau Rauhut, stellv. Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt einer außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 47.886,69 € im Haushaltsjahr 2014 und in Höhe von 2.393,64 € im Haushaltsjahr 2015 unter dem

<i>Produkt</i>	<i>11123100</i>	<i>Stiftungen und Beteiligungen,</i>
<i>Sachkonto</i>	<i>02210001</i>	<i>Landwirtschaftliche Flächen/Ursula W. Stiftung,</i>
<i>Maßnahmenummer</i>	<i>111231M00002</i>	<i>Landwirtschaftliche Flächen/Ursula W. Stiftung</i>

zum Erwerb von Grundstücken zu. Die Deckung erfolgt aus dem Sachkonto 18115600 - Sichteinlagen Ursula W. Stiftung.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	1
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-26/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

6.5 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 105 KVG LSA in Höhe von 9.799,52 € für den Erwerb des Grundstücks Am Angespann 5 für die Ursula W. Stiftung (Haushaltsjahr 2016)

Begründung: Herr Poschmann

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadträtin Frau Rauhut, stellv. Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt einer außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 9.799,52 € im Haushaltsjahr 2016 unter dem Produkt

<i>Produkt</i>	<i>11123100</i>	<i>Stiftungen und Beteiligungen</i>
<i>Sachkonto</i>	<i>02910001</i>	<i>Sonstige unbebaute Grundstücke / Ursula W. Stiftung</i>
<i>Maßnahmenummer</i>	<i>111231M00003</i>	<i>Grunderwerb Am Angespann 5 / Ursula W. Stiftung</i>

für den Erwerb des Grundstückes Am Angespann 5 zu. Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 11123100 - Stiftungen und Beteiligungen, Sachkonto 18115600 - Sichteinlagen Ursula W. Stiftung.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 27
Nein-Stimmen = 1
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-26/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

18:45 Uhr

Herr Schmidt geht = 27

6.6 Feststellung zur 6. Änderung des Flächennutzungsplanes "OT Grillenberg - Bereich Hühnerberg" der Stadt Sangerhausen

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Der **Ortschaftsrat Grillenberg** stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes OT Grillenberg – Bereich Hühnerberg" der Stadt Sangerhausen. Die Begründung wird gebilligt. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Genehmigung zu beantragen und nach Genehmigung zu veröffentlichen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 22
Nein-Stimmen = 2
Stimmenenthaltungen = 3

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-26/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

6.7 Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 2 "Hühnerberg" der Stadt Sangerhausen OT Grillenberg

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Der **Ortschaftsrat Grillenberg** stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 2 "Hühnerberg" der Stadt Sangerhausen OT Grillenberg als Satzung. Die Begründung wird gebilligt.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	21
Nein-Stimmen	=	2
Stimmenenthaltungen	=	4

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 8-26/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

18:50 Uhr
Herr Schmidt kommt = 28

6.8 Fortschreibung der städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahme Altstadt kern: Aktualisierung der Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht dargestellten Fördermaßnahmen sowie deren Umsetzung bis zum Jahr 2032 als 1. Fortschreibung des Integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes zum Erhaltungsgebiet „Altstadtkern Sangerhausen“ (ISEK).

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 26
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 9-26/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

6.9 Annahme der Angebote von Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA i.V.m. §§ 7 und 9 der Hauptsatzung der Stadt Sangerhausen

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadträtin Frau Rauhut, stellv. Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der folgenden aufgeführten Zuwendungen mit einer Gesamthöhe von 10.000,00 € für den Zeitraum 15.12.2016 - 26.01.2017 zu: 10.000,00 € vom Kulturverein Armer Kasten e.V. (Sanierung Marienkirche). Die genannte Spende wurde zweckgebunden im Rahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes für die Sanierung der Marienkirche eingesetzt.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 28
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 10-26/17** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

7. Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung

- 7.1 Abschließende Vertragsregelung für Zahlungsvereinbarungen zur Erschließung des Baugebietes „B-Plan Nr. 1 Siedlung“ zwischen der Stadt Sangerhausen (als Rechtsnachfolger der Gemeinde Wettelrode) und dem jeweiligen Grundstückseigentümer**

8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

- 8.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz**

.

.

9. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung

- 9.1 Informationen über Beschlüsse des Hauptausschusses**

- 9.2 Informationen über Beschlüsse des Sanierungsausschusses**

10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Skrypek stellt die Öffentlichkeit wieder her. Niemand betritt den Saal.

Um 19:55 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

gez. Simone Jung
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek
Vorsitzender